



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Privatisierung verhindern – Winterdienst aus eigener Kraft leisten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Der Beschluss des Landtages, Landesaufgaben nicht mehr mit Zeitarbeitskräften zu erfüllen, ist ein Bekenntnis zu guter Arbeit unter dem Dach der Landesverwaltung und kein Freifahrtschein für Privatisierungen.
2. Die Landesregierung hat es versäumt, die erforderlichen Einstellungen von Ergänzungs Kräften für die Winterdienst-Periode 2015/2016 rechtzeitig vorzunehmen. Die Einsatzfähigkeit der Landesstraßenbaubehörde (LSBB) ist damit in Frage gestellt.
3. Ursächlich für die Situation, in welcher die LSBB in den kommenden Jahren nicht mehr in der Lage sein wird, den Winterdienst personell abzusichern, ist das Personalentwicklungskonzept der Landesregierung.
4. Mit einer Privatisierung von 59 % des Winterdienstes ab der Winterdienst-Periode 2016/2017 drohen unkalkulierbare Kosten und ein unkontrollierter Einsatz von Zeitarbeitskräften im Winterdienst durch Fremdunternehmen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Die mit dem Winterdienstkonzept der LSBB offengelegten Privatisierungsbestrebungen sind unverzüglich zu stoppen.
2. Dem Landtag ist ein Konzept vorzulegen, mit welchem der Winterdienst ab der Winterdienstperiode 2016/2017 aus eigenem Personal und unter Einbeziehung eigener Ausbildungskapazitäten geleistet werden kann.

(Ausgegeben am 02.12.2015)

Begründung

Mit dem Beschluss, keine Zeitarbeitskräfte mehr im Landesdienst zu beschäftigen, hat sich der Landtag vor einem Jahr für gute Arbeit unter dem Dach der Landesverwaltung ausgesprochen. Eine Privatisierung von Aufgaben, die das Land bisher mit Zeitarbeitskräften erfüllt hat, war zu keiner Zeit die Intention hinter dieser Entscheidung.

Zeitarbeitskräfte wurden insbesondere zur Absicherung des Winterdienstes in der LSBB eingesetzt. Der jährliche Bedarf an Ergänzungskräften bei der LSBB stieg von Jahr zu Jahr. Statt der Beendigung von Leiharbeit droht mit der Privatisierung von 59 % des Winterdienstes vielmehr ein höherer und unkontrollierter Einsatz von Zeitarbeitskräften über Fremdfirmen im Winterdienst.

Ursächlich für den wachsenden Bedarf an Ergänzungskräften waren die zu geringen Neueinstellungen im Bereich der LSBB, aufgrund des Personalentwicklungskonzeptes (PEK) der Landesregierung. Dessen übergeordnetes Ziel war es, eine effiziente Aufgabenerfüllung und eine Senkung der Kosten innerhalb der Landesverwaltung herbeizuführen.

Erfahrungen aus anderen Privatisierungen, insbesondere im Bereich des Winterdienstes, lassen eine grundsätzliche Kostensteigerung gegenüber der Eigenleistung befürchten. Eine angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die beabsichtigte Privatisierung hat die Landesregierung nicht durchgeführt.

Die Privatisierung ist daher eine hektische und notgedrungene Reaktion auf die angespannte Personalsituation in der LSBB und birgt unkalkulierbare finanzielle Risiken für das Land. Das von Kostenreduktion motivierte PEK kann dem Land im Fall des Winterdienstes teuer zu stehen kommen. Leiharbeit unter der Regie des Landes droht eher ausgeweitet, statt verhindert zu werden.

Die Bestrebungen zur Privatisierung des Winterdienstes ab dem Winter 2016/2017 gehören gestoppt, zumal noch vor Ende des Winters 2015/2016 ein neuer Landtag gewählt wird. Die Frage der Absicherung des Winterdienstes muss einer neuen Landesregierung überlassen werden.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender